

Redebeitrag

Plenum, 23.09.2019

Dok. 25 (2019) Nr. 1-2 – Regierungserklärung

*-Es gilt das gesprochene Wort-*

Werte Damen und Herren,

die diesjährige Regierungserklärung des Ministerpräsidenten enthält, das muss ich zugeben, zumindest eine Überraschung. Die Tatsache, dass einige Ideen der Opposition in diesem Dokument enthalten sind, ist zwar nicht neu, aber ich kann mich nicht erinnern, dies in der Vergangenheit so ausdrücklich vorgefunden zu haben.

So zum Beispiel das Thema des Bürokratieabbaus, den VIVANT schon seit vielen Jahren einfordert. Die Regierung scheint also doch noch lernfähig zu sein. Vor allem wenn man bedenkt, dass ich vor etwas weniger als einem Jahr, ich glaube es war während der Haushaltsdebatten, aber bitte nageln Sie mich nicht auf einem genauen Zeitpunkt fest, hier im Hause den Vorschlag an die Regierung gemacht habe, im Ministerium ein oder zwei Personen damit zu beauftragen, zu schauen, wo überflüssige Gesetzestexte abgeschafft werden können und wo Personal eingespart werden kann.

Denn damals war die Reaktion der Regierung in Person von Herrn Mollers die Aussage, dass wir ja damit zuerst einmal die Bürokratie aufblähen würden, da ja diese Personen neu eingestellt werden müssten. Unser Ansinnen war natürlich, dass bereits im Ministerium arbeitende Personen freigestellt würden, ohne neues Personal anzuwerben. Der Minister hatte dies sicher auch verstanden, jedenfalls wollte die Regierung nichts von einem Bürokratieabbau hören.

Heute, nicht einmal ein Jahr später, aber nachdem VIVANT als Wahlsieger gestärkt aus den Wahlen hervor gegangen ist, steht dieser Punkt plötzlich auf der Tagesordnung der Regierung. Das freut uns natürlich.

Selbstverständlich bleibt abzuwarten, ob es sich bei dieser Aussage eher um ein taktisches Manöver handelt, oder ob die Regierung dieses Vorhaben seriös angeht.

Mein Kollege Michael Balter wird in seinem Redebeitrag noch etwas auf unsere diesbezüglichen Bedenken eingehen.

Weniger erfreulich ist, dass die Regierung zum geplanten Bürokratieabbau zuerst einmal wieder Geld in die Hand nimmt, indem sie ein externes Audit in Auftrag gibt.

**Fraktion im PDG V.o.G.**

Ich bin der festen Überzeugung, dass mit dem vorhandenen Personal und in Zusammenarbeit mit den Menschen in den Einrichtungen, welche die tagtägliche Arbeit verrichten, dies auch ohne zusätzliche Kosten sehr effizient möglich wäre. Wir werden hier jedenfalls genau hinschauen.

Nicht neu hingegen ist das Thema der Dialogbereitschaft der Regierung. Hier wird der Ministerpräsident nicht müde diese zu wiederholen. Nur ändert auch ständiges Wiederholen dieser Aussage nichts daran, dass viele Bürger und wir unter Dialog etwas anderes verstehen.

Denn in den vielen Gesprächen mit Mitarbeitern in den Einrichtungen und Diensten der DG, ist dies eines der auffallendsten Bemerkungen. Die Regierung redet nicht mit den Menschen an der Basis. Und wenn sie es doch mal tue, dann würde sie nicht wirklich zuhören.

Sicher redet sie mit den Führungsgremien vieler Dienste, was natürlich richtig ist. Aber ohne die Meinung und Sichtweise der Menschen, die diese ganze Arbeit in den Schulen, Pflegeheimen, Krankenhäusern, Ausbildungseinrichtungen, Hilfsdiensten, Vereinen, Organisationen usw. verrichten, fehlt eine bedeutende Sicht auf die Dinge.

Ein weiteres Beispiel verdeutlicht dies ebenfalls: Es ist die Ankündigung in dieser Regierungserklärung, mit den Gemeinden einen intensiven Dialog zu führen. Um diesen Anspruch gerecht zu werden, reicht es aber nicht, nur mit allen neun Gemeindegemeinschaften, also den Bürgermeister und Schöffen, zu reden, wie in der Regierungserklärung beschrieben. Nein, hier sollten Sie auch mit den anderen Gemeinderatsmitgliedern, und vor allem mit denen der Opposition Gespräche führen.

Schon bei der Überarbeitung des Gemeindedekrets im vergangenen Jahr, hat es diese Regierung versäumt, sich die Meinung der gewöhnlichen Gemeinderatsmitglieder einzuholen. Wir empfehlen Ihnen, hier umzudenken und diesen Fehler in dem anstehenden Dialog mit den Gemeinden nicht zu wiederholen. Reden Sie mit allen!

Was mich weiter an Ihrer Dialogbereitschaft zweifeln lässt, ist die Tatsache, dass Sie in dieser Regierungserklärung Aussagen machen, die so gar nicht mit dem übereinstimmen, was die Menschen an der Basis uns berichten.

So sagen Sie mit Bezug auf die Altenpflegeheime, dass Sie daran arbeiten wollen, die hohen Pflegestandards zu bewahren. Wissen Sie denn nicht, dass in mindestens einem Zentrum die Pflegestandards schon längst nicht mehr gewährleistet werden? Es geht also noch mehr darum, die Standards wieder herzustellen!!!

**Fraktion im PDG V.o.G.**

Wie kann es sein, dass in einem Pflegeheim der DG, morgens zum Waschen und Anziehen, nur 2 Mitarbeiter 30 Bewohner versorgen müssen? In anderen Einrichtungen sind es 2 Mitarbeiter für 16 Bewohner.

Wie kann es sein, dass nachmittags die ersten Bewohner schon um 16h für die Nacht vorbereitet, also ins Bett gebracht werden, da die Pfleger es sonst nicht zeitig schaffen, alle zu versorgen?

Wie kann es sein, dass Putzfrauen sagen, dass sie einfach nicht genug Zeit haben, für ausreichende Hygiene im Pflegezentrum zu sorgen?

Wie kann es sein, dass Menschen im Zimmer ihrer Angehörigen selber Putzarbeiten verrichten?

Eine Pflegerin sagte, dass sie abends beim Verlassen des Pflegezentrums nicht das Gefühl habe, dass die Menschen das bekommen, was sie brauchen! Dies mache sie krank!

Entspricht dies Ihrem Verständnis von einem hohen Pflegestandard? Ist dies Ihre Vorstellung von einem menschenwürdigen Altwerden?

Diese Zustände mögen nicht in allen Pflegeheimen der DG in dieser Form vorliegen, aber es sind Fakten aus mindestens einer Pflegeeinrichtung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Wo ist da Ihr Dialog? Wenn Sie dies nicht wissen, dann ist Ihr Dialog nichts wert. Wenn Sie es wissen, dann frage ich mich, warum Sie hier im Haus nichts zu alledem sagen, und dies in Ihrer Regierungserklärung nicht zu den absoluten Prioritäten benennen?

Sie bieten uns am Ende Ihrer Regierungserklärung eine enge Zusammenarbeit an. Ich frage Sie Herr Paasch, was genau verstehen Sie darunter?

Wollen Sie ehrlich mit uns gemeinsam in den Keller des Hauses Deutschsprachige Gemeinschaft gehen, um uns dort die Probleme anzuschauen und Lösungen für diese zu finden?

Oder wollen Sie, dass wir gemeinsam mit Ihnen aufs Dach steigen und die herrliche Landschaft der institutionellen DG bewundern?

Für Erstes sind wir zu haben und dies werden wir auch ohne Sie tun. Aber gemeinsam wäre es sicher effektiver. Das Zweite entspricht nicht unserem Anspruch und da machen wir ganz einfach nicht mit!

**Fraktion im PDG V.o.G.**

In anderen Bereichen gibt es ebenfalls Probleme. Im Unterrichtswesen stellen Lehrer und Pädagogen fest, dass die niederschwellige Förderung, also die Integration von Schülern mit Lernschwierigkeiten in die Regelschule, oft auf Biegen und Brechen durchgeführt wird. Oft, weil die Eltern sich dagegen wehren, ihre Kinder in eine Förderschule einzuschulen.

Die Konsequenz ist, dass Kinder und Jugendliche mit viel Aufwand durch die Regelschule gedrückt werden, mit dem Ergebnis, dass sie am Ende gar nichts haben. Sie wären in einer Förderschule, mit ihrem speziell auf diese Kinder ausgerichteten Umfeld viel besser aufgehoben. Hier fehlt es an Verantwortung, auch unangenehme Entscheidungen zu treffen. Interessant ist hier, dass es Lehrer der beruflichen Abteilung im 1. Sekundarschuljahr gibt, die sich überspitzt ausgedrückt beschweren, dass die Absolventen der Förderschule das Niveau der Schüler, die aus den Regelprimarschulen in die B-Klassen kommen, niedrig aussehen lassen. Oder anders ausgedrückt: Die Förderprimarschulen leisten hier gute Arbeit und schaffen es oftmals, die Kinder da abzuholen, wo sie stehen. Wir warnen deshalb auch davor, Förderschulen ganz abschaffen zu wollen!

Ganz allgemein wird von sehr vielen Beschäftigten im Unterrichtswesen der steigende Verwaltungsaufwand kritisiert. Angefangen bei den Curricula der Lehrer bis hin zu den unzähligen Berichten der Personalmitglieder wie Pädagogen, Psychologen und sonstigem Hilfspersonal. Anstatt nur immer neues Verwaltungspersonal in den Sektor zu geben, sollten Sie auch hier besser Bürokratie so weit wie nur eben möglich abbauen.

Auch nicht neu sind für mich die vermehrten Aussagen, dass immer mehr Unruhe ins Unterrichtswesen Einzug erhält. Programme wie Kultur macht Schule, die die Anzahl an außerschulischen Aktivitäten drastisch erhöht haben, stören den Schulalltag. Viele sagen, dass die Angebote als Einzelne sehr interessant und bereichernd sein können, doch es sei zu viel des Guten. Kinder brauchen sich wiederholende Strukturen, um Halt zu finden.

Einzelpersonen gehen noch einen Schritt weiter und reden von teils chaotischen Zuständen im Unterrichtswesen. Als eine Ursache werden die unzähligen Reformen genannt, welche seit der Übernahme des Unterrichtswesens durch die Minister der ProDG stark zugenommen haben.

Ein weiteres Markenzeichen dieser Regierung ist die zunehmende Akademisierung. So soll die Studiendauer der Ausbildung zum Primarschullehrer von aktuell 3 auf 4 oder sogar 5 Jahre angehoben werden? In unseren Augen ist dies der falsche Weg. Ja, die Schullandschaft und die Herausforderungen haben sich geändert. Dass der Unterricht schon mal angepasst werden muss, ist logisch. Doch die Anhebung der Studiendauer ist nicht die richtige Antwort auf diese

**Fraktion im PDG V.o.G.**

Probleme. Zudem wird diese Maßnahme den Lehrermangel wohl eher noch verstärken als zu helfen, ihn zu beheben.

Sogar in dem Bereich der hier im Hause immer als vorbildlich dargestellten mittelständischen Ausbildung beklagen etliche handwerkliche Betriebe die Entwicklungen. Das Durchschnittsalter der Lehrlinge bei Eintritt in die Lehre, welches bei ca. 18,5 Jahren liegt, sei zu hoch. In unseren Augen übrigens eine direkte Folge eines Akademisierungswahns, der nicht nur diese Regierung befallen hat. Im Bereich der Organisation der Berufsschule gebe es großes Verbesserungspotential. Die erlernten Fertigkeiten nach der Vollendung eines Abiturs im technisch-beruflichen Bereich sei, anders als oft behauptet, nicht mit dem Können bei Erhalt eines Gesellenbriefs vergleichbar, da die praktische Erfahrung fehle.

All die genannten Aussagen und Feststellungen geben uns zu denken. In unseren Augen sollten hier die Prioritäten dieser Regierung und diese Parlaments liegen. Natürlich ohne all die anderen Sektoren zu vernachlässigen, auf die ich hier und heute nicht eingehen kann.

Kolleginnen und Kollegen, der Ministerpräsident hat uns allen hier im Hause ein Angebot der Zusammenarbeit unterbreitet. Ich weiß nicht, inwiefern es denn tatsächlich auch so gemeint ist, wie es sich anhört.

Ich kann also nur für mich sprechen und Ihnen versichern, dass ich meinen kleinen Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in der DG beitragen werde. Dabei möchte ich neben dem Aufzeigen der Probleme, welches unerlässlich ist, solange diese hier verschwiegen werden, auch vermehrt konkrete Lösungen und Handlungsempfehlungen vorbringen. Hier wird mein Fokus für die nächsten Jahre liegen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit,

**Alain Mertes**

Vivant-Fraktion im PDG